



taz.die tageszeitung vom 21.01.2020, Seite 26 / Nord Aktuell

Jugend gegen leere Worte

Bei der Anhörung im niedersächsischen Landtag werden auch FFF-Aktivist:innen gehört. Und machen einmal mehr deutlich, wie groß die Kluft zum üblichen Politikbetrieb ist
Von **Nadine Conti**

Dreieinhalb Stunden dauert es, bis die fünf Vertreter:innen der Fridays-for-Future-Bewegung in Niedersachsen bei der Anhörung zum Klimagesetz im Landtag zu Wort kommen. Und sie formulieren ihre Kritik so deutlich und dramatisch, wie man es von der Bewegung gewohnt ist: "Das ist zu wenig, zu langsam, nicht ambitioniert" und "absolut lächerlich und rückschrittlich", sagt Lou Töllner von der Ortsgruppe Hannover.

Sie kritisiert unter anderem, dass der CO₂-Ausstoß bis 2030 nur um 55 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt werden soll, bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Auch die Umstellung auf **erneuerbare Energien** bis 2050 herauszuzögern, sei nicht ausreichend.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Ausschuss schon fast den ganzen Vormittag lang die Stellungnahmen von mehreren Verfassungsjuristen, der kommunalen Spitzenverbände, der Landwirtschaftskammer, der Klimaschutzagentur Niedersachsen, des Unternehmerverbandes und des DGB angehört; die sich alle detailliert mit verschiedenen Aspekten der Gesetzentwürfe von SPD/CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auseinandergesetzt hatten.

Vor allem die Verfassungsjuristen zweifeln, ob es nicht ausreiche, dass sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung bereits den "Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen" festschrieben. Den Klimaschutz noch einmal gesondert aufzunehmen, könnte überflüssig oder gar schädlich sein, betont unter anderem der Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Thomas Smollich.

Als ob das nicht ausreicht, um die Geduld - nicht nur der Schüler:innen - auf die Probe zu stellen, spricht auf Einladung der AfD auch noch der Vizepräsident des AfD-nahen Vereins "Europäisches Institut für Klima und **Energie** (EIKE). Und versucht, mit wirren Grafiken zu belegen, dass CO₂ in Wirklichkeit gar kein Problem sei und der von Menschen gemachte Klimawandel nicht existent.

"Leere Worte retten nicht unsere Zukunft", betonen dagegen Lou Töllner (FFF-Ortsgruppe Hannover), Emily Karius (Verden), Tim Wiedenmeier (Göttingen), Katharina Bittendorf (Nienburg) und Philip Knotz (Gifhorn).

"Es ist schade, dass sie keine echten Wissenschaftler:innen eingeladen haben, um solche Fragen zu klären", sagt Knotz an die Ausschussmitglieder gewandt. In der Tat hatte das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung auf der Liste gestanden, aber abgesagt.

Sehr viel konkretere Vorschläge als "so bitte nicht" formulierten die FFF-Aktivist:innen an dieser Stelle allerdings auch nicht. Dabei geht ihnen selbst der Vorschlag der Grünen nach eigenem Bekunden nicht weit genug. "Klimaschutz muss radikal sein", betont Emily Karius. Inhaltlich verweisen die fünf Aktivist:innen auf die im vergangenen Jahr verabschiedeten sechs Kernforderungen der Fridays-for-Future-Bewegung. Die Zielvorgabe sei durch das Pariser Abkommen gesetzt - und weder das "Klimapaketchen" der Bundesregierung, noch das angestrebte niedersächsische Gesetz würden dem gerecht, sagen sie.

Dabei habe man die Idee Niedersachsens, als erstes Bundesland überhaupt den Klimaschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen, durchaus begrüßt, sagen die FFF-Vertreter:innen. Nur leider sei die Idee auf dem Weg in die Umsetzung wohl verloren gegangen, spottet Töllner.

Darüber, ob es überhaupt sinnvoll sei, sich in diese zähen und umständlichen parlamentarischen Verfahren einbinden zu lassen, gibt es in der Bewegung durchaus unterschiedliche Auffassungen, räumt Philip Knotz auf Nachfrage ein. Aber grundsätzlich habe man nun erst einmal die Entscheidung getroffen, jede Möglichkeit wahrzunehmen die eigenen Forderungen an die Politik heran zu tragen. Ob sie da auch ankommen, muss sich erst noch zeigen.

*Umstellung auf **erneuerbare Energien** bis 2050? FFF geht das geplante niedersächsische Klimagesetz nicht weit genug* Oliver Killig/dpa

Nadine Conti


Quelle: taz.die tageszeitung vom 21.01.2020, Seite 26

Dokumentnummer: T20202101.5655607

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_35070276de931a139cbbe4b92c9e73ed647b332b

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH